

Argumentationshilfe für die Wahlaltersabsenkung

Thema	Contra-Argument	Pro-Argument/ entkräftendes Argument
<p>Generationengerechtigkeit</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Die Interessen von Kindern und Jugendlichen werden von ihren Eltern mitvertreten. • Jugendliche sind von den politischen Entscheidungen weniger betroffen, als Über-18-Jährige. • Mit 18 Jahren ist das Bewusstsein für Rechte und Pflichten besser ausgeprägt. 	<p>Beim Wahlrecht handelt es sich in einer repräsentativen Demokratie um das fundamentale Bürger*innenrecht, welches grundlegend an keine Pflichten gebunden ist. Dieses wird durch ein Wahlrecht ab 18 Jahren nicht nur einzelnen Jahrgängen, sondern einer ganzen Generation verwehrt. Denn ein Wahlalter ab 18 bedeutet nicht, dass jede Person tatsächlich ab 18 Jahren wählen darf. Auf Landesebene bedeutet es z.B., dass die Altersspanne der Erstwähler*innen zwischen 18 und 22 Jahren ist. Wenn das Wahlalter auf 16 Jahre abgesenkt wird, sind die ältesten Erstwähler*innen trotzdem bis zu 20 Jahre alt.</p> <p>Dadurch wird diese Generation nicht nur zu einer Generation, die von Beteiligung ausgeschlossen ist, sondern zu einer Generation, deren Interessen hinter denen anderer Generationen zurückstecken müssen und die gleichzeitig die Folgen der Entscheidungen anderer Generationen langfristig tragen müssen. Sie wollen sich wirksam in die Diskussionen einbringen, bekommen aber nur eng begrenzte Möglichkeiten dazu.</p> <p>Und unsere Gesellschaft altert. Der Demografische Wandel führt dazu, dass der Anteil älterer und alter Menschen an der Bevölkerung steigt. Auch in Baden-Württemberg werden die, die durch politische Wahlen mitbestimmen dürfen, immer älter: laut statistischem Landesamt sind mehr als ein Drittel der Wahlberechtigten über 60 – in zehn Jahren werden es fast die Hälfte sein. Parteiprogramme orientieren sich oft an den größten Wähler*innengruppen, was die Interessen von jungen Menschen benachteiligt. Von Klimawandel bis Digitalisierung hat unsere Demokratie</p>

		<p>Nachholbedarf an Themen, die vor allem Jugendliche und junge Erwachsene beschäftigen – allein der Zugzwang scheint zu fehlen.</p> <p>Das bedeutet, dass die willkürliche Altersgrenze 18 Jahre durchaus weitreichende Folgen hat.</p>
<p>Partizipationsmöglichkeiten</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Die politische Beteiligung der Jugendlichen würde sich auch durch eine Wahlaltersabsenkung nicht erhöhen. • Jugendliche haben auch andere Möglichkeiten, sich zu beteiligen, als nur die Wahl. 	<p>Von echter Partizipation kann nur dann gesprochen werden, wenn junge Menschen auch die Möglichkeit haben, etwas zu verändern. Dies geschieht dadurch, dass sie an konkreten Beschlüssen mitwirken und es überprüfbare Vereinbarungen gibt, deren Umsetzung von den Kindern und Jugendlichen mitverfolgt werden kann.</p> <p>Partizipation z.B. durch Teilnahme an Demonstrationen oder Beteiligungsformaten ist dabei keine ausreichende Partizipationsmöglichkeit.</p> <p>Das bedeutet, dass Politik und/oder Verwaltung Macht an Kinder und Jugendliche abgeben müssen. Es genügt nicht, „gehört zu werden“, sondern junge Menschen, besonders Kinder und Jugendliche, brauchen eine Form von wirksamer Gestaltungsmöglichkeit. Wichtig ist, dass diese Form der Partizipation umfassend ist und sich über alle politischen Themenfelder erstreckt und nicht nur auf klassische Fragen begrenzt ist, in denen Kinder und Jugendliche direkt betroffen sind. Und das Recht dazu bietet in unserer Demokratie nun mal das Wahlrecht.</p> <p>Doch trotz gleichbleibend hohen politischen Interesses, fühlen sich fast die Hälfte der Jugendlichen von der Politik nicht ernst genommen. Laut der Shell Jugendstudie 2019 ist das Vertrauen in die Parteien nach wie vor gering, fast dreiviertel der Befragten im Alter von 15 bis 25 glauben, dass Politiker sich nicht um ihre Meinung kümmern. Ihnen wird suggeriert, dass sie keinerlei wirksame Partizipationsmöglichkeiten haben und ihre Generation nicht ernstgenommen wird.</p>

		<p>Die Bedürfnisse, die Lebenswelten, die Motivation und Innovation junger Menschen müssen gesellschaftlich und politisch mehr Gewicht erhalten. Jugendliche tragen bereits vielfältig und umfangreich in vielen Bereichen unserer Gesellschaft zum Gemeinwesen bei. Es ist höchste Zeit, dass mehr junge Menschen unser Gemeinwesen deutlicher mitgestalten können!</p>
<p>Interesse</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Jugendliche wollen überhaupt nicht wählen. Die Wahlbeteiligung der 18-34-Jährigen ist geringer als die, der Über-40-Jährigen. • Die Wahlbeteiligung der Unter-18-Jährigen ist bei den Kommunalwahlen sehr gering. 	<p>Junge Menschen sind politisch sehr interessiert. Gleichzeitig fühlen sich aber über 50% der Jugendlichen zwischen 15-25 Jahren von Politiker*innen nicht ernstgenommen (ShellJugendstudie 2019). Ein geringeres Wahlalter wird die Interessen junger Menschen in die Wahlprogramme von Parteien bringen. V.a. aber werden politische Entscheidungen ihre Interessen berücksichtigen. Politiker*innen, die sich den Themen junger Menschen annehmen, erhöhen ihre Wahlchance. Denn Jugendliche interessieren sich für die Breite der gesellschaftlichen Themen und Alltagsprobleme, ebenso wie andere Wähler*innengruppen auch. Dazu zählen Umwelt- und Klimaschutz, Mobilität und ÖPNV, Fahrverbote, Lehrer*innenfortbildungen und Antidiskriminierung, Netzausbau und eine Verbesserung der Infrastruktur im ländlichen Raum. Dass dieses Interesse nicht nur kurzfristig ist, sondern Jugendliche auch bereit sind, sich langfristig dafür zu engagieren und sich für ihre Interessen einzusetzen, zeigen Bewegungen wie Fridays for Future.</p> <p>Eine Erklärung für die ausbleibende hohe Wahlbeteiligung könnte sein, dass trotz gleichbleibend hohen politischen Interesses, sich fast die Hälfte der Jugendlichen von der Politik nicht ernst genommen fühlen. Laut der Shell Jugendstudie 2019 ist das Vertrauen in die Parteien nach wie vor gering, fast dreiviertel der Befragten im Alter von 15 bis 25 glauben, dass Politiker sich nicht um ihre Meinung kümmern.</p>

<p>Urteilsfähigkeit/ Reife und politische Bildung</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Jugendliche sind nicht reif genug, um politische Entscheidungen verantwortungsvoll zu treffen. 	<p>Die Frage nach der Reife könnte jeder Generation oder zumindest einzelnen Individuen jeder Generation gestellt werden. Abgesehen davon stellt sich die Frage, woran diese Reife gemessen wird und wer darüber entscheiden kann. So könnte die Frage nach der Reife auch bspw. Menschen im hohen Alter, die potentiell an Demenz erkrankt sein könnten, gestellt werden.</p> <p>Geht man dabei aber z.B. vom Entscheidungsprozess aus, so lässt sich ganz klar sagen: Jugendliche gehen mit Reife an den Wahl(entscheidungs)prozess heran. Die Autor*innen der Shell Jugendstudie stellten schon 2006 fest: „Die Jugendlichen gehen mit sehr anspruchsvollen Maßstäben und Qualifikationsvorstellungen an den Wahlakt heran. Sie sind der Auffassung, es gehöre genaue Kenntnis von Parteiprogrammen und politischen Zusammenhängen als Voraussetzung dazu. Hier sind Jugendliche erheblich anspruchsvoller als die ältere Bevölkerung, die teilweise ohne jede sorgfältige politische Vorabinformation an den Wahlvorgang herangeht.“</p> <p>Hinzu kommt, dass Jugendlichen sogar bereits mit 14 Jahren eine Entscheidung zugetraut wird, die Urteilsfähigkeit und Reife zu Entscheidungen voraussetzt. Bereits mit 14 Jahren sind Jugendliche religionsmündig und können selbstständig über ihre Religionszugehörigkeit bestimmen.</p> <p>Ein weiteres Reife-Kriterium wäre die Manipulierbarkeit. Und an diesem Punkt bleibt festzuhalten, dass nicht nur Jugendliche, sondern auch Erwachsene durch ihre Peer-Groups manipulierbar sind.</p> <p>Die Gesellschaft muss und vor allem kann sie Jugendlichen Wahlentscheidungen zutrauen.</p>
---	--	--

		<p>Zudem muss mit der Wahlaltersabsenkung auch politische Bildung einhergehen. Das ermöglicht, dass Jugendliche mit den Grundlagen ausgestattet werden, Wahlentscheidungen verantwortungsbewusst zu treffen. Dieser Auftrag muss sich nicht nur im Bildungsauftrag der Schule wiederfinden, sondern spiegelt sich auch in der außerschulischen Jugendbildung.</p> <p>Nichtsdestotrotz sind Jugendliche durch Schulen besser bzw. verpflichtend erreichbar für politische Bildung. Je älter die Erstwähler*innen, desto weiter ist die schulische politische Bildung bereits von ihnen entfernt.</p> <p>Durch die Begleitung der Wahl durch politische Bildung werden grundlegende demokratische Werte sowie ein Verständnis dafür vermittelt und gesichert.</p>
<p>Wahlentscheidung und Extremismus</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Jugendliche wählen sowieso nur die Tierschutzpartei. • Ich zweifle an der demokratischen Haltung von Jugendlichen. 	<p>Die seit vielen Jahren parallel zu Wahlen auf allen politischen Ebenen stattfindenden U18-Wahlen zeigen auch in Baden-Württemberg, dass Jugendliche weniger als volljährige Wähler*innen zu politischen Extremen neigen. Sie wählen weniger rechtsextreme Parteien und, ja, häufiger Tierschutz.</p> <p>Mit dem schwindenden Vertrauen in die politischen Institutionen kann jedoch nicht nur das Vertrauen in die Wirksamkeit der Wahlen sinken. Die Politik droht dadurch auch mehr und mehr Jugendliche an Populist*innen zu verlieren.</p>
<p>Mehrwert</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Wahlaltersabsenkung auf Landesebene bietet keinen Mehrwert. 	<p>Allein durch all die oben genannten Argumente müsste deutlich geworden sein, welchen Mehrwert eine Wahlaltersabsenkung mit sich bringt. Doch nichts desto trotz seinen hier beispielhaft einige genannt:</p> <p>→ die Interessen einer ganzen Generation werden berücksichtigt statt außen vorgelassen (z.B. indem sich Wahlprogramme auch an sie richten oder weil es um das Wahlrecht für fünf Jahrgänge geht)</p>

		<ul style="list-style-type: none">→ Jugendliche fühlen sich gehört. Die Wahrscheinlichkeit, sie an Populisten zu verlieren, sinkt.→ Jugendliche sind z.B. in der Schule erreichbar für (verpflichtende) politische Bildung. Diese muss mit der Wahlaltersenkung einhergehen.→ Demokratie erlebt Glaubwürdigkeit, statt Menschen vom grundlegenden demokratischen Recht auszuschließen.
--	--	--